

BSU  
000155

Streng geheim!  
Um Rückgabe wird gebeten!

- 1. Hon O.A.
- 2. Ax m.A.
- 3. Hoff m.A.
- 4. Fj m.A.
- 5. Strel m.A.
- 6. Sieb m.A.
- 7. Nier. O.A.
- 8. Ag m.A.
- 9. All.

Berlin, den 11. März 1983

6 Blatt  
4 Blatt Anlage  
9 Exemplar

Nr. 80 / 83

INFORMATION  
über

den Stand und die Perspektiven der sowjetisch-amerikanischen Verhandlungen in Genf über die Begrenzung der nuklearen Rüstungen in Europa

In dieser Information wird auf der Grundlage zuverlässiger Angaben über die Haltung von Regierungskreisen der USA und der BRD zu den Genfer Verhandlungen über die Begrenzung der nuklearen Rüstungen in Europa, insbesondere über die von amerikanischer Seite verfolgten Absichten und Ziele in der am 27. 1. 1983 begonnenen 4. Runde der Verhandlungen, berichtet.

Die Probleme der Genfer Verhandlungen über die Reduzierung nuklearer Mittelstreckenwaffen (INF) in Europa standen im Mittelpunkt der Gespräche, die BRD-Außenminister Genscher am 25./26. 1. 1983 in Washington mit führenden Politikern der USA-Regierung führte. Dabei habe Genscher USA-Präsident Reagan gegenüber deutlich gemacht, daß auch für die gegenwärtige BRD-Regierung die beiderseitige "Null-Lösung" das ideale Ziel der Genfer Verhandlungen bleibe. Ein solches Ergebnis würde besonders im Interesse der westeuropäischen Staaten liegen, da es die bestehende sowjetische Bedrohung beseitigte und darüber hinaus auch ein entscheidendes Element im Kampf um die öffentliche Meinung des Westens darstelle.

Nach Auffassung der BRD-Regierung sei die in der Rede von KPdSU-Generalsekretär

KOPIE BSU

MINISTERIUM FÜR STAATSSICHERHEIT

Andropow zum 60. Jahrestag der UdSSR am 21. 12. 1982 gezeigte Bereitschaft, das sowjetische Mittelstreckenpotential zu reduzieren, wenn die USA auf die Stationierung ihrer neuen Mittelstreckenwaffen in Europa ab Ende 1983 verzichteten, Teil einer politischen Strategie, deren Ziel es wäre, Westeuropa von den USA abzukoppeln. Ein Vertrag auf dieser Grundlage sei schlechter als wenn gar nicht verhandelt worden wäre, weil er den USA die jetzt noch bestehende Option, auf die sowjetische Rüstung zu antworten, nehmen würde.

Die Bonner Regierung hätte, wie Genscher erklärte, dem sowjetischen Außenminister Gromyko bei dessen Besuch Mitte Januar 1983 in der BRD deutlich gemacht, daß sie auf keinen Fall bereit sei, ein Ergebnis bei den INF-Verhandlungen zu akzeptieren, das null amerikanische Raketen in Westeuropa und ein weiter bestehendes Bedrohungspotential auf Seiten der Sowjetunion bedeuten würde.

Die sowjetische Forderung nach Einbeziehung der französischen und britischen Nuklearpotentiale zeigte außerdem, daß die Sowjetunion Abkoppelung und Regionalisierung auch dadurch anstrebe, daß im interkontinentalstrategischen Bereich der Bezugspunkt die USA, im Mittelstreckenbereich dagegen die französischen und britischen Systeme sein sollen.

Nach Genscher wäre es wichtig klarzustellen, daß auch damit das Ziel der politischen Abkoppelung angestrebt werde.

Hinsichtlich der westlichen Reaktion auf die Andropow-Vorschläge reichte nicht aus, lediglich zu erklären, daß der westliche Verzicht auf die Stationierung landgestützter amerikanischer Mittelstreckenraketen angesichts der Unausgewogenheit dieser Vorschläge unakzeptabel sei. Vielmehr sollte argumentiert werden - und das entspräche auch der Logik des NATO-Beschlusses vom Dezember 1979 -, daß Reduzierungen auf sowjetischer Seite Verminderungen des geplanten Stationierungsumfanges im Westen auf ein gleichwertiges Niveau bedeuten. Dies sei auch der Sinn der Festlegungen der NATO, daß "der Nachrüstungsbedarf im Lichte konkreter Verhandlungsergebnisse geprüft" werde.

Dabei sollte klargestellt werden, daß der Zeitplan für die Stationierung, entsprechend den Festlegungen des Beschlusses der NATO, eingehalten werden müsse - es sei denn, die Verwirklichung der beiderseitigen "Null-Lösung" mache die Stationierung überflüssig. In diesem Zusammenhang dürfe nach Ansicht Genschers nicht übersehen werden, daß zwei verschiedene Systeme stationiert werden sollen, die Pershing II und die Marschflugkörper.

MINISTERIUM FÜR STAATSSICHERHEIT

Die Sowjetunion versuchte, mit ihrer Polemik gegen die Pershing II-Stationierung den NATO-Beschluß umzustoßen. Ihre Hoffnung sei, daß, wenn die in der BRD vorgesehene Stationierung der Pershing II unterbleibe, auch der Vollzug der Stationierung der Marschflugkörper verhindert werden könne.

Des weiteren habe Genscher darauf verwiesen, es sei zwar wichtig, am Ziel der beiderseitigen "Null-Lösung" festzuhalten, gleichzeitig sollte aber deutlich gemacht werden, daß der Westen nicht bereit sei, ein sowjetisches Raketenmonopol zu akzeptieren. Bezugnehmend auf Spekulationen in der amerikanischen Presse, die Administration sollte vor dem 6. 3. 1983 mit Rücksicht auf die Wahlen in der BRD keine Initiative bei den Genfer INF-Verhandlungen ergreifen, erklärte Genscher, daß aus Sicht der Bonner Regierung der Zeitpunkt und der Inhalt möglicher neuer westlicher Initiativen ausschließlich vom Sachstand in Genf sowie der gemeinsamen Verhandlungs- und Interessenlage der westlichen Bündnispartner bestimmt werden sollte. Andere Überlegungen, wie z. B. die Bundestagswahlen, dürften hierfür nicht maßgeblich sein; sie könnten sich sogar außerordentlich nachteilig auf die innere Lage in der BRD auswirken. Viel wichtiger und hilfreicher für die Regierungsparteien in der BRD wäre, deutlich zu machen, daß der Westen über eine offensive Verhandlungsstrategie verfüge und deren Glaubwürdigkeit durch eine entsprechende ergebnisorientierte Verhandlungsführung der USA in Genf zu unterstreichen.

USA-Präsident Reagan habe den Ausführungen Genschers uneingeschränkt zugestimmt und vor allem dessen Ausführungen zur Einhaltung der Zeitplanungen bei der Stationierung der neuen amerikanischen Mittelstreckenraketen entsprechend den NATO-Festlegungen als hochinteressant bewertet. Für die USA sei von großer Bedeutung, daß die Stationierung plangemäß vor sich gehe. Seitens der USA wäre es unannehmbar, wenn die Sowjetunion in Europa über ein Monopol bei den Mittelstreckenraketen verfüge. Dies zu verhindern, sei der Sinn der Genfer Verhandlungen wie der Stationierung.

Reagan habe gegenüber dem BRD-Außenminister bekräftigt, daß die USA ernsthaft auf konkrete und ausgewogene Verhandlungsergebnisse in Genf hinarbeiten. Die beiderseitige "Null-Lösung" bliebe dabei das angestrebte ideale amerikanische Verhandlungsziel. Die USA wollten konstruktiv in der neuen Verhandlungsrunde mitarbeiten und alle seriösen sowjetischen Vorschläge prüfen. Der amerikanische Präsident erklärte, daß die USA nicht die Position des alles oder nichts bezögen, sondern jede Verhandlungsmöglichkeit nutzen würden, um zu konkreten Ergebnissen zu kommen.

## MINISTERIUM FÜR STAATSSICHERHEIT

Wie BRD-Regierungskreise in diesem Zusammenhang einschätzten, scheinen die Entwicklungsmöglichkeiten der amerikanischen Haltung von der "Null-Lösung" weg mit der Entlassung von Rostow als Direktor der Behörde für Rüstungskontrolle und Abrüstung (ACDA) Mitte Januar 1983 negativ präjudiziert. Das Pentagon und mit ihm das Weiße Haus, die an der "Null-Lösung" festhalten wollen, haben sich offensichtlich im internen Washingtoner Kräftespiel zunächst durchgesetzt. Die Marge der amerikanischen Flexibilität in Genf beschränke sich damit auf die von Reagan auch offiziell erklärte Bereitschaft, jeden ernsthaften sowjetischen Vorschlag prüfen zu wollen. Aus amerikanischer Sicht bedeute das, daß in den zentralen Fragen der Verhandlungen die Sowjetunion am Zuge gesehen werde. Das äußere sich auch darin, daß die amerikanische Verhandlungsdelegation in Genf nur mit zusätzlichen Weisungen zu Nebenpunkten ausgestattet wurde.

Angesichts dieser für eine Modifizierung der amerikanischen Position wenig günstigen Umstände käme der Haltung von USA-Außenminister Shultz, dessen Position durch die Übertragung der Aufsicht über die ACDA gestärkt wurde, besondere Bedeutung zu. BRD-Regierungskreise nehmen an, daß Shultz von sich aus beabsichtigen könnte, demnächst Initiativen zu ergreifen. Außerdem wären sie vertraulich von Vertretern des State Department darauf hingewiesen worden, daß eine Entwicklung der amerikanischen Haltung weg von der "Null-Lösung" in der Logik der Dinge liegen würde und letztlich nur eine Zeitfrage wäre. Der Anstoß dazu müßte nach den Vorstellungen dieser Kreise des State Department allerdings von den Verbündeten seinen Ausgang nehmen, wobei eine entsprechende Botschaft - um wirksam zu sein - von höchster Stelle ausgehend in den USA an höchster Stelle angebracht werden müßte.

Wie weiter bekannt wurde, hat der Leiter der USA-Delegation bei den INF-Verhandlungen, Nitze, Ende Januar 1983 im Rahmen der NATO die Positionen und Ziele der USA für die am 27. 1. 1983 begonnene 4. Runde dieser Verhandlungen erläutert.

Nach Darstellung von BRD-Regierungskreisen habe Nitze, ausgehend von der Rede von KPdSU-Generalsekretär Andropow am 21. 12. 1982, die bekannte amerikanische Interpretation der sowjetischen Haltung dargelegt. Nach Nitze hätte diese Rede, die er als wichtigstes Ereignis seit dem Ende der 3. Verhandlungsrunde wertete, keine überraschend neuen Vorschläge enthalten, sondern im wesentlichen eine Anzahl von Vorstellungen der Öffentlichkeit präsentiert, die die Sowjetunion schon früher bei den Verhandlungen in

## MINISTERIUM FÜR STAATSSICHERHEIT

Genf als Vorschläge vorgelegt oder informell angesprochen habe. Die amerikanische Delegation habe den Auftrag, bei der neuen Verhandlungsrunde in Genf gegenüber der sowjetischen Seite deutlich zu machen - ohne die Andropow-Rede kategorisch zurückzuweisen -, daß für die USA aus den bekannten Gründen ein Teil dieser Vorschläge weiterhin unannehmbar ist.

Trotz der Unzulänglichkeiten gebe es jedoch in den sowjetischen Vorschlägen positive Aspekte, an die die USA anknüpfen und die sie für sich ausnutzen könnten. Dazu gehörte, daß die Sowjetunion jetzt die von den USA von Anfang an vertretene Position anerkenne, daß der Verhandlungsschwerpunkt auf den Raketen liegen müsse. Darüber hinaus hätte sie mit ihrer Bereitschaft, ihre nuklearen Mittelstreckenraketen zu reduzieren, ihr eigenes Argument untergraben, daß bei den nuklearen Rüstungen in Europa bereits ein Gleichgewicht bestehe.

Hauptziel der USA in der gegenwärtig laufenden Verhandlungsrunde in Genf werde sein, die Sowjetunion zu weiteren substantiellen Bewegungen zu drängen, damit es zu einer Vereinbarung komme, die den legitimen Sicherheitsinteressen der NATO entspricht, die sie zu ihrem Beschluß vom Dezember 1979 veranlaßten. Der jetzige sowjetische Vorschlag würde nach Auffassung Nitzes diesem Kriterium nicht gerecht. Er habe den Auftrag, in Genf weiterhin mit Nachdruck die "Null-Lösung" und alle anderen bekannten amerikanischen Forderungen, wie globaler Geltungsbereich eines INF-Abkommens, Nichtumgehungsklausel für nukleare Kurzstreckensysteme (SRNF), keine Berücksichtigung von Drittstaatensystemen, Einbeziehung von Flugzeugen wegen der damit verbundenen Schwierigkeiten erst in einer späteren Verhandlungsphase usw., zu vertreten.

Wie Nitze einschätzte, hätte das Beharren der USA und ihrer Verbündeten auf der "Null-Lösung" - sowohl in den internen Verhandlungen als auch in der Öffentlichkeit - dazu geführt, daß die Sowjetunion ihre ursprünglichen Positionen korrigiert habe und die wesentlichen Aspekte des Standpunktes der USA, aber auch des NATO-Bündnisses insgesamt, inzwischen anerkennen würde. Deshalb wollten die USA auch weiterhin an dieser Forderung festhalten, da sie glaubten, die Sowjetunion damit zu weiterem Entgegenkommen bewegen zu können.

MINISTERIUM FÜR STAATSSICHERHEIT

In der sich an Nitzes Ausführungen anschließenden Diskussion habe unter den anwesenden Vertretern aus den NATO-Staaten Übereinstimmung bestanden, daß der Westen auch im entscheidenden Jahr 1983 an der "Null-Lösung" als dem optimalen Verhandlungsziel festhalten, jedoch gleichzeitig die Notwendigkeit betonen sollte, alle Verhandlungschancen zu nutzen, damit es zu einem konkreten Ergebnis auf der Basis von Gleichheit und Parität komme.

Von französischer Seite sei Nitze gegenüber Befriedigung über die feste Haltung der USA in der Frage der Drittstaatensysteme ausgedrückt und nochmals der regierungsoffizielle Standpunkt Frankreichs, daß seine Nuklearsysteme weder in die INF- noch in andere Verhandlungen einbezogen werden dürfen, bekräftigt worden.

Eine weitere Frage nach einer möglichen Zusammenlegung der Verhandlungen über Mittelstreckenwaffen mit denen über die Begrenzung der strategischen Rüstungen (SALT/START) habe Nitze mit dem Hinweis auf die komplizierte Materie bei SALT/START abgewiesen. Es sei irrig anzunehmen, daß Konzessionen im Bereich von INF bei SALT/START kompensiert werden können.

Von BRD-Seite sei in der Diskussion vor allem herausgestellt worden, wie außerordentlich wichtig es sei, die Öffentlichkeit über die engen Konsultationen zu unterrichten, die in der NATO über die INF-Verhandlungen geführt werden. Angesichts zunehmender sowjetischer Versuche, Einfluß auf die westliche Öffentlichkeit zu nehmen, mußte die NATO noch sichtbarer die Ernsthaftigkeit ihrer Bemühungen unter Beweis stellen, daß sie alle Verhandlungschancen nutze, zu einem konkreten Ergebnis zu kommen. Der Besuch des sowjetischen Außenministers Gromyko Mitte Januar 1983 in der BRD hätte erneut gezeigt, daß die Sowjetunion mit der Einbeziehung der französischen und britischen Nuklearpotentiale auf ein die westlichen Sicherheitsinteressen gefährdendes INF-Abkommen ziele. Die Sowjetunion strebte aus BRD-Sicht eine Regionalisierung der Bedrohung an, mit der sie Druck auf Europa ausüben könne, während die USA gleichzeitig ihre nuklearen Kräfte aus Europa abziehen müßten. Diese Zusammenhänge vor allem müßten der Öffentlichkeit in Westeuropa klargemacht werden.

Eine dazu von der BRD-Regierung gefertigte Argumentation ist in der Anlage beigelegt.

Diese Information darf im Interesse der Sicherheit der Quellen nicht publizistisch ausgewertet werden.

Argumentationshinweise der BRD-Regierung zu den sowjetischen Positionen bei den Genfer Verhandlungen über die Begrenzung der nuklearen Mittelstreckenwaffen in Europa

Zuverlässig wurde eine Anfang 1983 von BRD-Regierungskreisen gefertigte Ausarbeitung bekannt, in der nachstehende Hinweise enthalten sind, wie gegenüber der sowjetischen Beweisführung bei den Genfer Verhandlungen über die Begrenzung der nuklearen Mittelstreckenwaffen (INF) in Europa argumentiert werden soll.

- Sowjetisches Argument, daß im Mittelstreckenbereich bereits ein historisch gewachsenes, annäherndes Gleichgewicht von ca. 1.000 : 1.000 Trägersystemen besteht, das durch die NATO-Nachrüstung zerstört wird.

BRD-Argumentation:

Dieses im NATO-Streitkräftevergleich von April 1982 (Anhang) klar widerlegte Argument resultiere daraus, daß die Sowjetunion nur Systeme zähle, nicht aber Gefechtsköpfe (GK); jede SS-20 hat aber 3 einzeln lenkbare GK.

Ebenso erfolgt die Zählung der INF-Flugzeuge auf beiden Seiten nicht nach einheitlichen Kriterien: Beispiel: Zählung der amerikanischen F-4, aber Ausklammerung entsprechender sowjetischer Typen wie Fencer, Flogger, Fitter; Zählung der in USA stationierten ("strategischen") FB-111.

Nicht mitgezählt werden ebenfalls die im Ost-Teil der UdSSR stationierten Raketen, obwohl auch diese aufgrund ihrer Reichweite und Mobilität NATO-Territorium bedrohen.

Britische und französische Systeme werden dagegen angerechnet.

Das sowjetische Argument vom Gleichgewicht wurde bereits beim Bonner Besuch Breshnews im Mai 78 vorgebracht. Damals hatte die Sowjetunion 730 auf Raketen installierte GK. Jetzt verfügt sie über 149 solcher GK. Trotz zunehmender Zahl sowjetischer GK behauptet die Sowjetunion immer wieder bis zum heutigen Tag, daß Gleichgewicht bestehe, obwohl in dieser Zeit das westliche Potential nicht erhöht wurde.

Bei Verwendung gleicher Zuordnungskriterien besteht im INF-Bereich eine deutliche Überlegenheit der Sowjetunion von mindestens 1 : 3 bei Trägersystemen. Infolge unterschiedlicher Zuladungen ergibt die Einbeziehung von Flugzeugen in die Gesamtrechnung beim Vergleich der GK-Zahlen keinen Sinn. Infolge der MIRV-Ausstattung der SS-20 ist die Überlegenheit bei GK aber noch deutlicher.

- Sowjetische Forderung nach Anrechnung britischer und französischer Systeme auf die Zahl amerikanischer INF

BRD-Argumentation:

Diese Forderung bedeutet den Anspruch der Sowjetunion stärker zu sein als USA und mindestens so stark wie alle westlichen Kernwaffenstaaten zusammen. Sie verlangt darüber hinaus die Nichtberücksichtigung ihrer gegen die VR China gerichteten Systeme.

BSU

000161

Das nukleare Kräfteverhältnis zwischen den USA und der Sowjetunion läßt sich aber nur auf der Basis des auch von sowjetischer Seite anerkannten Gleichheitsgrundsatzes stabilisieren.

Die Anrechnung britischer und französischer Systeme zielt auf Verdrängung der amerikanischen INF aus Europa ab. Die Präsenz dieser Systeme in Europa ist jedoch für die Sicherheit der BRD unverzichtbar. Nur sie kann den nuklearstrategischen Schutzschirm der USA, auf dem diese Sicherheit letztlich beruht, glaubwürdig an die Verteidigung Westeuropas anknüpfen. Die BRD hat im Nichtverbreitungsvertrag auf die Produktion, den Besitz und die Verfügungsgewalt von Nuklearwaffen vertraglich verzichtet. Damit ist sie in existentieller Weise auf den Schutz der Nuklearmacht USA angewiesen. Die britischen und französischen Nuklearsysteme sind weder geeignet noch dazu bestimmt, diesen Schutz zu übernehmen. Sie dienen diesen Staaten vielmehr als letzte nationale Notwehrwaffen zur Erhaltung der eigenen Existenz. Eine glaubwürdige Abschirmung Westeuropas gegenüber dem Drohpotential der SS-20 leisten sie nicht.

Von den 162 französischen und britischen Systemen, die nach dem Andropow-Vorschlag vom 21. Dezember 1982 gegen die sowjetischen SS-20 aufgerechnet werden sollen, sind 144 Systeme U-Boot-gestützt. Sie sind wie die entsprechenden sowjetischen und amerikanischen Systeme eindeutig strategische Waffen.

- Zur Vergleichbarkeit der SS-20 mit französischen/britischen Raketen  
(Radio Moskau vom 25. Dezember 1982: "Die Raketen, die GB und FR besitzen, gehören zur gleichen Klasse wie die sowjetischen Raketen, die im europäischen Teil der SU stationiert sind. Beide Staaten modernisieren ihre Potentiale.")

Die britischen und französischen Raketen haben strategische Bedeutung und gehören nicht in den Mittelstrecken- sondern in den strategischen Bereich. Schon deshalb lassen sie sich nicht mit den SS-20 vergleichen.

Die 3 MIRV-Gefechtsköpfe der SS-20 können aufgrund ihrer hohen Treffgenauigkeit sowohl selektiv gegen gehärtete Punktziele als auch gegen Flächenziele eingesetzt werden. Im Gegensatz hierzu haben britische Systeme keine einzeln lenkbaren GK (MIRV), sondern nur MRV. Dabei handelt es sich zwar physisch um mehrere GK, im Einsatz gegen militärische Ziele wirken sie jedoch wie ein GK (Schrotschuß), da mit ihnen nur ein Ziel bekämpft werden kann. MRV wurden daher in den SALT-Verhandlungen unabhängig von ihrer Anzahl unstreitig wie ein GK gezählt. Frankreich plant, seine seegestützte Systeme auf MRV umzurüsten. Die SS-20 ist damit aus westlicher Sicht ein Waffensystem, das nicht nur als politisches Bedrohungspotential gegenüber Europa, sondern auch als hegemoniales Machtinstrument gegenüber Asien und den Mittleren Osten geeignet erscheint.

Den britischen und französischen Systemen kommt schon aufgrund mangelnder Zielgenauigkeit - abgesehen von allen anderen Gründen - eine ähnliche Eigenschaft nicht zu. Die britischen und französischen Systeme besitzen allenfalls eine Vergeltungsfunktion in nationaler Verantwortung der beiden Staaten. Es sind letzte nationale Notwehrwaffen, deren nuklearer Schirm nur zur Abschreckung vor einem Angriff auf diese Länder dient. Zu präventiven und preemptiven Einsätzen wie die SS-20 sind diese Systeme nicht geeignet. Eine politische oder militärische Vergleichbarkeit mit der SS-20 ist somit nicht gegeben.

ESTU  
000162

- Sowjetische Bereitschaft zur Reduzierung nur in Europa und angrenzenden Gewässern (Nichtberücksichtigung der im östlichen Landesteil stationierten Systeme)

ESTU  
000163

BRD-Argumentation:

Sowjetische SS-20 ostwärts des Ural können, auch wenn sie nach angeblichen sowjetischen Einsatzplänen gegen die VR China gerichtet sein sollten, jederzeit auch gegen Ziele in NATO-Europa eingesetzt werden. Selbst im Raum Nowosibirsk stationierte SS-20 bedrohen angesichts ihrer Reichweite von 4.500 - 5.000 km wesentliche Teile von NATO-Europa. Zudem ist es für die Sowjetunion möglich, die SS-20 in wenigen Tagen per Bahn oder Straße in neue westlich gelegene Stellungsräume zu verlegen. Eine solche Verlegung ist bei Nacht und bei schlechter Sicht durch Satelliten nicht feststellbar. Deshalb ist eine weltweite und nicht nur auf Europa beschränkte Reduzierung und Begrenzung sowjetischer Mittelstreckenraketen für den Westen unabdingbar. Der von der Sowjetunion gemachte Vorschlag einer Rückzugslinie für Raketen ist aus denselben Gründen ungenügend. Außerdem würde dadurch die jetzt gegen Europa gerichtete Bedrohung auf andere Verbündete Amerikas verlagert.

- Sowjetisches Argument, die SS-20 Rakete sei eine bloße Modernisierung der älteren SS-4/5 und keine qualitativ neue Bedrohung Westeuropas

BRD-Argumentation:

Die Sowjetunion hat mit der SS-20 aufgrund deren Treffgenauigkeit (dreimal zielgenauer als die SS-5 und sechsmal zielgenauer als die SS-4), Reichweite (zwischen 4.500 und 5.000 km), MIRV-Ausstattung und Beweglichkeit ein qualitativ neues Drohpotential geschaffen. (Möglichkeit des selektiven Ersteinsatzes gegen Punktziele). Mit der vorhandenen Zahl von GK könnte die SS-20 zudem mit einem Schlag alle wichtigen militärischen Ziele in Westeuropa in einem Erstschatz ausschalten.

Dies wäre mit den allein zur Abschreckung vorgesehenen 108 amerikanischen Pershing II (P II) und 464 Marschflugkörpern nicht möglich. Die geringe Zahl der P II mit nur einem GK und mit einer Reichweite von maximal 1.800 km sowie die langsam fliegenden ebenfalls mit nur einem GK ausgerüsteten Marschflugkörper sind für einen entwaffnenden "Erstschatz" gegen das zahlenmäßig weit überlegene (allein 2.000 landgestützte interkontinentalstrategische und INF-Raketen) und im übrigen weitgehend außerhalb ihrer Reichweite stationierte sowjetische Nuklearpotential weder geeignet noch vorgesehen.

- Sowjetische Behauptung, die Pershing II habe eine Flugzeit von 5 - 6 Minuten. Die Sowjetunion sei deshalb bei Erkennen einer anfliegenden Rakete zum sofortigen "automatischen" Gegenschlag gezwungen. ("launch on warning")

BRD-Argumentation:

Die Flugzeit der P II beträgt 14 Minuten.

Die SS-20 fliegt genau so schnell wie die P II. Was die Sowjetunion jetzt behauptet, mutet sie seit Jahren Westeuropa zu.

Die USA haben am Verhandlungstisch den beiderseitigen Verzicht auf dieses System angeboten. Wenn die Vorwarnzeit für die Sowjetunion wirklich ein Anlaß großer Sorge ist und sie die damit verbundene Bedrohung beseitigen will, kann sie dies durch Annahme des westlichen Vorschlags eines beiderseitigen Verzichts auf derartige Waffen selbst herbeiführen.

Kräftevergleich im INF-Bereich (ohne Frankreich)

BSU  
000164

1. Landgestützte INF-Raketen größerer Reichweite (über 1.000 km)

NATO:	0	WP:	603 (333 SS-20 mit 999 GK) (270 SS-4/5)
-------	---	-----	---
  
2. INF-Flugzeuge größerer Reichweite <sup>1)</sup>

NATO:	ca. 150 (F 111)	WP:	ca. 650 (Badger, Blinder)
-------	--------------------	-----	------------------------------
  
3. Landgestützte INF-Raketen kürzerer Reichweite (unter 1.000 km)

NATO:	180 (Pershing I)	WP:	ca. 650 (SS-12/22, SCUD)
-------	---------------------	-----	-----------------------------
  
4. INF-Flugzeuge kürzerer Reichweite <sup>1)</sup>

NATO:	ca. 600 (F 4, F 104) (Jaguar, Buccaneer)	WP:	bis 1850 (Fishbed, Fitter, Flogger, Facer, Brewer)
-------	--	-----	--

KOPIE BSU

1) Flugzeugzahlen gelten für europäischen Bereich: Einschließlich landgestützter (nicht aber trägergestützter) Marineflugzeuge.